

Die Innen,- Außen- und Sicherheitspolitik der beiden deutschen Großen Koalitionen

1. Die Innenpolitik der Großen Koalition 1966 – 1969

- **1968:** Starke Proteste, vor allem der Studenten
 - o Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS), gegründet 1946, mobilisierte die Studenten
 - o 1966 rief Rudi Dutschke zur Bildung einer Außerparlamentarischen Opposition (APO) auf
- Stimmung war weltweit sehr gespannt
 - o USA: Bürgerrechtsbewegung (Martin Luther King)
 - o Frankreich: Große Studentenproteste und Generalstreik
- 2. Juni 1967: Massendemonstration gegen den Besuch des persischen Schahs in West-Berlin
 - o Tod des Studenten Benno Ohnesorg durch den Schuss eines Polizisten
 - o *Folge:* Radikalisierung der Proteste
- Notstandsgesetze:
 - o Seit 1958 geplant
 - o Gesetze zur Bewältigung des inneren und äußeren Notstands (u.a. Regelung des Gemeinsamen Ausschuss, Verteidigungsfall)
- 11. April 1968: Attentat auf Rudi Dutschke
- 30. Mai 1968: Verabschiedung der Notstandsgesetze
 - o Zerfall der Studentenbewegung
 - Rückkehr zum „bürgerlichen“ Leben
 - Gründung der DKP
 - Radikalisierung: RAF

2. Die Innenpolitik vom 11. September bis zur Großen Koalition

- Terroranschläge → Neue Herausforderungen für die Politik
- 2001 und 2002: „Anti-Terror-Pakete“
 - o Erweiterte Kompetenzen des Bundes
- Spätestens seit 2001: „Große Koalition der inneren Sicherheit“
- Probleme:
 - o Trennung von innerer und äußerer Sicherheit

- Freiheit vs. Sicherheit (Bürgerrechte, Datenschutz)
Ausnahmesituationen → „Stunde der Exekutive“

2.1. Datenschutz und Bürgerrechte

Zweites Antiterror-Paket

- erweiterte Zugriffsmöglichkeiten für Nachrichtendienste
- kleiner Lauschangriff
- präventive Wohnraumüberwachung
- Änderungen der Sicherheitsüberprüfung
- Aufrüstung von Ausweispapieren

Kritik

- Konflikt mit Recht auf informationelle Selbstbestimmung
- nur bedingte Eignung zur Terrorismusabwehr

Besonders kritisch:

- präventive Rasterfahndung zur Verhinderung „zukünftiger Straftaten“...

Anforderungen an Große Koalition

- Stärkung präventiver Maßnahmen unter Berücksichtigung bürgerrechtsfreundlicher Rechtsprechung

3. Entwicklungslinien bundesdeutscher Außen- und Sicherheitspolitik zur Zeit der 1. Großen Koalition

Generelles Strukturprinzip des Ost- West- Konflikts in Bezug auf die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik:

Hegemon (politisch autonom) USA	-	strukturell abhängige Mittelmacht BRD
---------------------------------------	---	---------------------------------------------

- Zwang zur politischen Anpassungsleistung
- eher reaktive Außenpolitik als unabhängig – gestalterische

Globalpolitische Ausgangssituation der Großen Koalition:

13. 8. 1961 Beginn des Mauerbaus

Okt. 1962 Kuba- Krise

→ Wendung zur Détente der Supermächte || Sicherheit durch Zementierung des Status quo

→ **bisherige, außenpolitisch- revisionistische Strategie der Bundesrepublik anachronistisch**

Neujustierung der deutschen Außenpolitik durch die Große Koalition

Hauptthema: Neue Ostpolitik

Prämisse: „Wir wollen entkrampfen und nicht verhärten, Gräben überwinden und nicht vertiefen.“ (Regierungserklärung Kiesingers, 13. 12. 1966)

Wurzel: Egon Bahrs Konzept des Wandels durch Annäherung

Regierungsprogramm: - Gewaltverzichtsabkommen mit Warschauer Pakt-Staaten
- kulturelle, wirtschaftliche Verflechtung
- Erklärung der Ungültigkeit des Münchner Abkommens
= faktische Anerkennung der deutsch-tschechischen Grenze

Problem: Begrenztheit des koalitionären *policy output*.
- innerkoalitionäre Zerstrittenheit (Brandt - v. Hassel)
- koalitionäre Konsensunfähigkeit seit ČSSR- Intervention des Warschauer Pakts (21. 8. 1968)

Bundesdeutsche Sicherheitspolitik

Hauptthema: Atomwaffensperrvertrag (1. 7. 1968)
→ Fixierung des Status quo durch ‚Einfrieren‘ der Anzahl der Nuklearmächte

Reaktionen: - Kiesinger: „atomare Komplizenschaft der Supermächte auf deutsche Kosten“
- Adenauer: „Morgenthau- Plan im Quadrat“

Problem: - Zerstrittenheit der Großen Koalition, unmögliche Konsensbildung
- deutsche Unterzeichnung erst unter Brandt/ Scheel (28. 1. 1969)

Trends der bundesdeutschen Außen – und Sicherheitspolitik 1966- 1969

→ tiefgründige, meist unüberbrückbare Divergenzen der jeweiligen Konzeptionen von SPD und CDU/ CSU

→ Außen- und Sicherheitspolitik als unnachgiebig und schonungslos geführte Dauerkontroverse

3.1. Deutschlandpolitik 1966-1969

Vorgängerregierungen:

- Betonung des Unrechtscharakters der DDR
- Alleinvertretungsanspruch der BRD

Deutschlandpolitik der Großen Koalition

- Entspannungsversuche und immer wieder Angebote an die DDR, die jedoch nicht erwidert werden
- Aussprache im Bundestag über SED-Parteitag

Minister für Gesamtdeutsche Fragen wird Herbert Wehner, der Parteivorsitzende der SPD.

Kiesinger signalisiert zu Beginn der Regierungszeit in seiner Regierungserklärung Verständigungsbereitschaft. DDR beharrt auf ihren Positionen
Versuch der SED in offenen Briefen an beide Koalitionsparteien, die Große Koalition zu spalten.

Anliegen der DDR

- Waren
- Devisen
- Anerkennung

Problem West-Berlin

- Wird als Tagungsort für die Bundesversammlung 1969 bestimmt
- DDR-Regierung und UdSSR versuchen dies zu verhindern, z. B. durch Durchreisebeschränkungen für westdeutsche Politiker

09.04.1968: neue Verfassung der DDR bestimmt Berlin als Hauptstadt: Angelpunkt des Anerkennungsproblems (Wehner)

4. Die Außen- und Sicherheitspolitik nach dem 11. September 2001 – die 2. Große Koalition 2005 bis heute

4.1. Außenpolitik von Rot-Grün

- erste klare Zäsur seit der Nachkriegszeit
- Weltpolitische Veränderungen – Anpassung, Neupositionierung
 - Bsp.: Beteiligung am militärischen Einsatz der NATO im Kosovo -> Revolution
- 2003: Irak-Krieg
 - gewandeltes Selbstverständnis -> „deutscher Weg“
 - Streit mit UN durch unilaterales Handeln und offensives Auftreten
- Russland / China: gewisse Probleme außer Acht gelassen
- Schröders großes Projekt: ständiger Sitz im UN-Sicherheitsrat -> gescheitert
- Fazit: Visionen einer neuen europäischen und Weltordnung stießen schnell an ihre Grenzen

4.2. Außenpolitik der Großen Koalition

- Erneuter Stilwechsel: Mitte zwischen Passivität und großen Visionen finden
- Multilateralismus und Ausgleich, konstruktive und pro-aktive Politik, Kontinuität
- Politik der kleinen Schritte, gemessen an greifbaren Ergebnissen
- Allgemeine Grundsätze deutscher Außenpolitik:
 - Frieden, Freiheit, Sicherheit
 - Globalisierung nutzen
 - Verhinderung und Beilegung von Konflikten
 - Kampf gegen den Terrorismus
 - Linderung von Armut
 - Demokratie
 - Soziale Gerechtigkeit
 - Beachtung des Völkerrechts
 - Einhaltung der Menschenrechte
 - Keine kolonialen Altlasten, Betonung von „softpower“, kaum deutsches Selbstvertrauen

4.2.1. Europa

- EU ist Garant für politische Stabilität, Sicherheit und Wohlstand
- Verbindung von Einheit und Vielfalt

- Konkret: stärkere Demokratisierung und Sicherung der Handlungsfähigkeit
- JA zur europäischen Verfassung, Fortführung der Ratifizierung
- Balance zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und sozialem Zusammenhalt -> soziale Marktwirtschaft
- Grenzüberschreitende Zusammenarbeit (Europol) gegen Terror und organisierte Kriminalität
- Konsolidierung der nationalen Haushalte -> Dtl. Nicht mehr als 1% des BNE an EU => Vertrauen in Europa zurückgewinnen
- Umsichtige Erweiterungspolitik: Rumänien, Bulgarien, Kroatien, andere Balkan-Länder
- Türkei: „Prozess mit offenem Ende“, keine Garantien

4.2.2. *Transatlantische Zusammenarbeit*

- enges Vertrauensverhältnis zwischen USA und selbstbewusstem Europa -> Partner
- gemeinsame Wertebasis, trotz Differenzen „partnerschaftlicher Dialog“
- NATO ist „zentraler Ort des transatlantischen sicherheitspolitischen Dialogs“
- GASP und ESVP ausbauen
- ESVP: keine Konkurrenz zu NATO

4.2.3. *Vereinte Nationen*

- effektiver Multilateralismus
- zukunftsgerechte Reform der UN
- ständiger Sitz im Sicherheitsrat für Deutschland, langfristig für Gesamt-EU

4.2.4. *Stabilität, Sicherheit und Kooperation in Europa und der Welt*

- Balkan: Stabilisierung, Heranführung an EU und NATO
- Naher und Mittlerer Osten: Reformprozesse fördern, Terrorismus bekämpfen, generell gegenseitiges Verständnis mit islamischen Kulturen
- Lateinamerika: Kampf gegen Drogen und Terrorismus, gegen diktatorische Tendenzen
- Russland: strategische Partnerschaft, zentraler Wirtschaftspartner, langfristige Energiepartnerschaft, Kampf gegen Terrorismus
- Israel: „besondere Verantwortung“, Existenzrecht Israels, Recht auf palästinensischen Staat, aber auch Forderungen
- Asien: Japan, China (Rechtsstaatsdialog, Wirtschaftspartner, Ein-China-Politik), Indien
- Afrika: große humanitäre Aufgaben, Stabilisierung und Wiederaufbau, selbstverantwortete Entwicklung, Ausbau der AU

4.3. Sicherheitspolitik

- In Deutschland:
 - ➔ Freiheit, Sicherheit, Verantwortung, Prävention
 - ➔ Neuer Charakter sicherheitspolitischer Bedrohungen, klassische Abschreckung funktioniert nicht mehr -> Sicherheitspartnerschaften und Bündnisse
 - ➔ Kooperation mit EU, NATO, UN

- Ganzheitlicher Ansatz mit zivilen UND militärischen Elementen -> „vernetzte Sicherheit“
- Aufbau von Strukturen mit politischen, diplomatischen, militärischen, zivilen, wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Instrumenten
- In Europa:
 - Umfassender Sicherheitsbegriff, Verbindung von zivilen und militärischen Aspekten
 - Dezember 2003: gemeinsame Sicherheitsstrategie (ESVP)
 - Sicherheit in Europa durch Integration, Stabilisierung und Assoziation
 - Zentrale globale Herausforderungen aus Sicht der EU: Terrorismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, regionale Konflikte, scheiternde Staaten, organisierte Kriminalität
 - gewaltige Herausforderungen, Maximum an Synergien, effizientes Krisenmanagement

QUELLEN:

Der Fischer Weltalmanach 2007 (2006). Zahlen Daten Fakten. Frankfurt.

Der Fischer Weltalmanach 2008 (2007). Zahlen Daten Fakten. Frankfurt.

Fröhlich, Stefan (2006): Außenpolitik: Mehr als nur ein Stilwechsel?, in: Sturm, Roland und Heinrich Pehle (Hrsg.): Wege aus der Krise? Die Agenda der zweiten Großen Koalition, Opladen, S. 221-237.

Hacke, Christian (1997): Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Weltmacht wider Willen?, Frankfurt.

Hacke, Christian (2006): Deutsche Außenpolitik unter Bundeskanzlerin Angela Merkel, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 43/2006, S. 30-37.

Haftendorn, Helga (2001): Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung, 1945- 2000, Stuttgart.

Hanrieder, Wolfram (1995): Deutschland, Amerika, Europa. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949- 1994, 2., völlig überarb. u. erw. Aufl., Paderborn.

Hildebrand, Klaus (1991): Integration und Souveränität. Deutsche Außenpolitik 1949- 1982, Bonn.

Koalitionsvertrag (2005). Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD: Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit, Berlin.

Krishaar, Wolfgang (2001): Denkmodelle der 68er-Bewegung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 22-23/2001, S. 14 – 27.

Lange, Hans-Jürgen (2006): Innere Sicherheit und der Wandel von Staatlichkeit. In: Schmidt, Manfred G./Zohlnhöfer, Reimut (Hrsg.): Regieren in der Bundesrepublik Deutschland. Innen- und Außenpolitik seit 1949, Wiesbaden, S. 87 – 112.

Langguth, Gerd (1983): Die Neue Linke seit 1968. Entwicklung – Niedergang – Renaissance, Köln.

Mauer, Victor (2006): Die Sicherheitspolitik der Europäischen Union, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 43/2006, S. 10-16.

Merkel, Angela (2007). Rede der Bundeskanzlerin auf der 43. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik – 10. Februar 2007.

Morsey, Rudolf (2007): Die Bundesrepublik Deutschland bis 1969. 5. durchges. Aufl., München.

Müller, Markus M. (2006): Bürgerrechte und Innere Sicherheit: Kollektive Sicherheit auf Kosten individueller Freiheit? In: Sturm, Roland/Pehle, Heinrich (Hrsg.): Wege aus der Krise?, Opladen, S. 133 – 148.

Neumaier, Eduard (1969): Deutschlandpolitik – eine endlose Beteuerung. In: Rummel, Alois (Hrsg.): Die Große Koalition 1966-1969. Eine kritische Bestandsaufnahme, Freudenstadt, S. 109-127.

Schmoeckel, Reinhard (1991): Massenhysterie mit langfristigen Folgen. Die Unruhe der Jugend und die APO. In: Schmoeckel, Reinhard/Kaiser, Bruno (Hrsg.): Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Wirkungen, Bonn, S. 233 – 254.

Schwarz, Hans- P. (2005): Republik ohne Kompass. Anmerkungen zur Deutschen Außenpolitik, Berlin.

Woyke, Wichard (2003): Außenpolitik, in: Andersen, Uwe und Wichard Woyke (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems, 5. aktualisierte Auflage, Opladen.

<http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/stgb>. Letzter Zugriff: 20.01.2008